

Ressort: Politik

Emnid-Umfrage: Mehrheit will im Wahljahr Investitionen statt Schuldenabbau

Berlin, 27.04.2017, 01:00 Uhr

GDN - Laut einer aktuellen Umfrage ist eine Mehrheit der Deutschen dafür, dass der Staat Mehreinnahmen für die Infrastruktur ausgeben sollte. Während sich 40 Prozent für Investitionen aussprechen, wollen 33 Prozent der Bürger, dass der Staat den Bürgern die Mehreinnahmen zurückgibt, zeigt eine Untersuchung des Kantar-Emnid-Instituts im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe berichten.

27 Prozent sind der Auffassung, dass die Staatsverschuldung abgebaut werden sollte. Die Mehrheit der Deutschen schätzt ihre eigene wirtschaftliche Lage danach positiv ein. Elf Prozent halten ihre wirtschaftliche Situation sogar für sehr gut, 49 Prozent für gut und 26 Prozent für eher gut. Die Deutschen unterscheiden der Umfrage zufolge auch stark zwischen der Einkommensteuer und dem Solidaritätszuschlag. Während gut die Hälfte der Befragten sagte, die Einkommensteuer sollte beibehalten werden und nur 34 Prozent sich für eine Senkung aussprechen, sind 63 Prozent der Meinung, der Solidaritätszuschlag sollte prinzipiell gesenkt werden. 30 Prozent wollen ihn beibehalten. Auch das Thema Gerechtigkeit beschäftigt die Deutschen. Dabei geht es den meisten Menschen um die Chancengerechtigkeit, die unabhängig von der Herkunft sein sollte. So werden etwa die Bildungschancen von Kindern von 71 Prozent als abhängig von der sozialen Herkunft empfunden. Nur zehn Prozent vertreten die Ansicht, dass die Bildungschancen weitgehend unabhängig vom Elternhaus sind. Als zweitwichtigstes Gerechtigkeitsthema wird die Leistungsgerechtigkeit, noch vor der Generationen- und der Verteilungsgerechtigkeit empfunden. "Die Umfrage zeigt, wie klar die Wählerinnen und Wähler wissen, dass vor dem Verteilen das Verdienen kommt und dass mehr Umverteilung nicht zu mehr Gerechtigkeit führt", sagte INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. "Fast 80 Prozent fordern daher vor allem Chancengerechtigkeit während Wahlgeschenke zu Lasten der Beschäftigten oder Frühverrentungsprogramme mehrheitlich abgelehnt werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88566/emnid-umfrage-mehrheit-will-im-wahljahr-investitionen-statt-schuldenabbau.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com